

Mittwoch den 2. August 1916.

Wiesbaden, 2. August 1916.

In der „Wiesb. Zig.“ lesen wir unter der Ueberschrift „Eine
Festung“ folgendes:

Der Streit der beiden Kirchenbehörden ist interessant und beachtenswert. Man sieht, zu was alles der blutige Weltkrieg benutzt

Die großzügige Veranstaltung, deren Erlös restlos dem Noten
aufsteht, wird an Reichhaltigkeit und Vielseitigkeit nicht
der erfolgreichen Berliner Ausstellung zurückbleiben, das
weniger, als an die große Sammlung von großen Meis-
terwerken, die das Kriegsministerium zur Verfügung stellt, und die
und lehrreiche Ausstellung der A. Marine sich noch eine ganze
weiterer Abteilungen des österreichischen Kriegsministeriums,
Erdl Frankfurt, der Kriegsfürsorge, der Lazarette usw. an-
nehmen werden.

Stichtag für Reisen nach der Schweiz. Auf die am 1. August in Kraft tretenden neuen Bestimmungen der Kaiserl. Verordnung vom 21. Juni 1916 wird erneut aufmerksam gemacht. In diesem Tage ab ist außer dem ordnungsmäßigen Reisepaß noch besonderer Sichtvermerk für jede einzelne Reise nach dem Aus- oder Einreiseland. Der Antrag ist bei dem zuständigen Landratsamt oder bei der zuständigen Polizeidirektion zu stellen, welche Anweisung erteilen. Deutsche Reichsangehörige, welche ohne nach Österreich-Ungarn überschreiten wollen, müssen sich für den vorchriftsmäßigen deutschen Reisepaß das Visum österreichisch-ungarischer konsularischer Behörde davor ein-

Viehsteuer für Gemeinden und Gutsbezirke.

den Kreisen und Gemeinden erstreckt sich, wie der Central-Verband uns mittheilt, für die Aufbringung des erforderlichen Schlachtviehs die Anlage eines Viehquartiers für jede Gemeinde und für jeden Gutsbezirk als unumgänglich notwendig. Die Kosten hierfür ergibt sich zunächst, wieviel Vieh in den einzelnen Kreisen zur Verfügung steht, und zu welcher Zeit es abgeführt werden kann. Bei der Verschiedenheit der Viehzuchtverhältnisse in den einzelnen Provinzen, und selbst in den einzelnen Kreisen, mußten bei der bisherigen meist rein schematischen Festsetzung der Viehquoten schwere Mängel in der Art der Viehaufbringung entstehen. Durch Provinzial- und Kreiscommissionen, die aus sachverständigen Landwirten und Händlern oder Fleischern unter der Leitung der Ober- bezw. Regierungspräsidenten oder Landräthe gebildet werden, lassen sich die besonderen Verhältnisse gerecht beurtheilen und mit ausschließlicher Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung, sowie solche mit starker Industrie- bezw. Gewerbebetriebe, werden andere Umlagen erhalten, als Bezirke mit ausgedehntem Ackerbau und Viehzucht. Auch wird häufig eine besondere Verständigung zwischen den Viehbesitzern über die Lieferungsfristen notwendig sein, da die hohen Fleischpreisen aus den Betrieben zu gewinnen sind, und die Aufzucht, sondern das Schlachtgewicht der einzelnen Tiere

Nordenstadi, 1. Aug. (Gew.) (Schl.) Die beiden Anrechte, die kürzlich einen Einbruchdiebstahl verübt, einen Teil der Berichtspapiere von Saarbrücken aus oder als Pfandbriefe an den Eigentümer zurückgeschickt hatten, da dieselben wertlos für sie waren, sind nunmehr in Kreuznach, wo sie einen ähnlichen Einbruch mit Erfolg ausgeführt haben, endlich der Polizei in die Hände gefallen und nach Koblenz eingeliefert worden. Bei ihrer Festnahme waren noch mehrere hundert Mark in ihrem Besitze.

Der Singer ist damit gewählt und der Offenbacher Kreistag hat gezeigt, daß seine bürgerliche Mehrheit auf den politischen Vorgehensweisen steht und daß sie nach wie vor den Ausschluß der Sozialdemokratie aus der Verwaltung des Kreises für der politischen Weisheit höchsten Schluß hält. Zu den sechs sozialdemokratischen Kreistagsabgeordneten (ein siebentes steht im Felde) fanden sich nur drei bürgerliche Vertreter, die Gerechtigkeitsempfindung besaßen, den durchaus berechtigten und sehr bescheidenen Wunsch der Sozialdemokraten zu unterstützen.

Donau, 2. Aug. (Polizeinachrichten.) Entlarvt wurde der Pulverarbeiter Cito Fuhz Her aus Groh-Ausheim, der in der letzten Zeit in unserer Gegend unter der Angabe, Kriminalsekretär zu sein, Schwindelschreien betriebe hatte. — Besonders schlaun wollten

Weslar, 2. Aug. (Unfälle.) Auf der Sophienhütte trugen sich am vorigen Samstag mehrere Unglücksfälle zu, wovon leidet einer tödlich war. Der kaum 14 Jahre alte Heinrich aus Niederquembach verlor sein junges Leben bei einer gefährlichen Beschäftigung, wo eigentlich erfahrene Leute hingehörten. Der Arbeiter Heinrich Weber aus Weslar wurde von einer plötzlich ausschlagenden Gasflamme im Gesicht, an Armen und Beinen erheblich verletzt und kann noch von Glück sagen, da seine Augenlicht unversehrt blieb.

Versammlung des Deutschen Nationalausschusses.

Vater begann mit einem Rückblick auf die Opfer, die die zwei Jahre Weltkrieg uns gekostet und mit einem Ranz an unsere Kämpfer und Früherer, denen wir die erzielten Erfolge zu verdanken haben. Wirtschaftlich und finanziell stehen wir, obwohl in der Hauptsache gleich einer belagerten Festung von der Welt abgeschnitten, heute noch zwei Jahren noch unerschüttert da. Daran ändern auch die Unstimmigkeiten nichts, die in der Lebens- u. Mittelversorgung hervorgerufen seien. Sicher sind auf dem Gebiet der Volksernährung Unterlassungsünden und Fehlgriiffe vorgekommen, aber wir dürfen jetzt, da die neue Ernte gut und reichlich in die Scheunen kommt, hoffen, daß der Höhepunkt aller Schwierigkeiten (auch der lokalen) überschritten ist. Wir müssen lernen, das Interesse der Allgemeinheit über das Interesse des

einigen zu sehen. Der Verbraucher muß sich daran gewöhnen, sorgfältig zu begreifen, vielleicht manchmal etwas darüber, und im übrigen lernen, sich nach der Not zu richten. Der Verbraucher muß sich darüber klar sein, daß es mitten in einem solchen Krieg keine Gefälligkeit und Gnade von ihm, sondern eine einfache und zudem recht gut bezahlte Pflicht und Schuldigkeit ist, an Nahrungsmitteln zu produzieren und für die Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, was er nur immer kann.

Das ist unseres Erachtens denn doch eine etwas zu gemüthliche Beurteilung der Hefen und Ursachen des Unwillens über die Mängel der Lebensmittelversorgung. Sie wird nur verständlich, wenn man berücksichtigt, daß Herr Bauer aus dem Schwabenlande kommt, wo die Rot breiter Volkschichten über den Lebensmittelmangel und die Notung noch nicht so sehr zu Tage getreten ist.

Dann verbreitete sich der Redner über die U-Bootfrage, die ja auch viel Verbitterung im Lande erzeugt habe. Der ehemalige Demokrat Bauer vertritt dabei — etwas drastisch ausgedrückt — den Standpunkt: vom U-Bootkrieg versteht das Volk nichts, ergo soll es auch nicht dreinreden, sondern diese Sache den Admirälen überlassen. Einige meinten, er, find Regierung und Volk vor allem darüber, daß wir nicht den geringsten Anlaß haben, auf England, das uns seit zwei Jahren rücksichtslos auszuhebeln sucht, und seine Bevölkerung irgendwie Rücksicht zu nehmen. Wir sind nicht berechtigt, sondern sogar verpflichtet, auch unsererseits England den Vorstoß so hoch als möglich zu hängen.

Der interessanteste Teil seiner Rede war der über die Kriegsziele. Lieber die Kriegsziele soll man ja nicht reden, schon weil es verboten ist, aber darüber darf und soll man reden, weshalb es wirklich geheimer ist, wenn man über Kriegsziele nicht redet. Drastisch betrachtet läuft der Ruf nach Freigabe der Diskussion über die Kriegsziele auf dasselbe hinaus, wie das Verlangen, die Regierung solle ihre Kriegsziele endlich einmal angeben. Im übrigen hat sich der Reichslangler ja nicht so ganz über die Kriegsziele ausgesprochen. Beispielsweise hat er am 13. April im Reichstage ausgeführt, daß wir im Westen reale Garantien dafür schaffen müssen, daß Belgien nicht ein französisch-englischer Vasallenstaat werde, und erklärt, daß es dort keinen Status quo mehr geben könne, d. h. daß wir einerseits Belgien nicht annektieren wollen, andererseits aber, daß Belgien nicht bleiben dürfe, wie es vorher war, also nicht seine staatsrechtliche Stellung und Freiheit beibehalten könne. Was könnte es aber nützen, wenn der Reichslangler noch in die Einzelheiten dieser staatsrechtlichen Regelung eingetreten wäre. Was den Osten anlangt, so sagte der Reichslangler, daß Deutschland freiwillig die von ihm und seinen Bundesgenossen befreiten Völker zwischen der baltischen See und den wohnlichen Sümpfen der Herrschaft des reaktionären Rußland nicht wieder ausliefern werde. Nicht zum zweitenmal dürfe Rußland an der ungeschützten Grenze Ost- und Westpreußens seine Seere aufmarschieren lassen, und nicht noch einmal dürfe mit französischem Geld das Reichsland als Einfallstür in das ungeschützte Deutschland eingerichtet werden. Soll nun auch gleich die neue Grenze öffentlich gegeben werden? Ich meine die Erfahrungen der letzten Wochen sollten uns gerade an der östlichen Front gezeigt haben, daß man den Tag nie vor dem Abend loben soll, und daß es unweise ist, Erfolge, die doch auch nur vorübergehend sein können, im Voraus zur Grundlage einer künftigen Endabrechnung zu machen. Hier würde wirklich die lächerliche Komödie aufgeführt, daß der Reichslangler zu versichern, daß er erlegt ist. Der Redner setzte dann auseinander, daß die Aufstellung der Kriegsziele gar nicht in Deutschlands Hand allein liegt, sondern daß unsere Bundesgenossen dabei auch ein Wort mitzureden haben. Aus diesen und anderen Gründen sei es nicht nur vorsichtig, sondern auch unsere Pflicht und Schuldigkeit, wenn wir zunächst auf die öffentliche Diskussion der Kriegsziele verzichten. Wir teilen diese Auffassung nicht, sondern sind im Gegenteil der Meinung, daß die Erweiterung der Kriegsziele nicht nur zur Klärung der öffentlichen Meinung, sondern auch zu einem früheren Ende des Krieges beitragen könnte. Wenn unsere Feinde klar erkennen, was wir wollen und was wir nicht wollen.

Den Schluß der Rede bildete eine Anfrage gegen die, die seit Monaten einen Minierkampf gegen den Reichslangler und seine Politik führen und dadurch den inneren Frieden gefährden. In dieser Verteidigung der Kanzlerpolitik wurde der Redner etwas härter und fand auch einen Resonanzboden in der Versammlung, als er das Geschick des Luns der Kanzlergegner kennzeichnete. Er schloß: Keine Meinungslosigkeit und kein Streit ermüde die Hoffnung des Gegners und beschwere das Gemüt unserer Kämpfer. Geschlossen und entschlossen wollen wir dem Feind gegenüberstehen, unerschütterlich im Bewußtsein, daß der Sieg und zu fallen muß, weil für uns nicht nur unsere guten Waffen und unsere treuen Bundesgenossen streifen, sondern auch Recht und Gerechtigkeit!

Stimmungslos ging darauf die Versammlung auseinander.

Zu den Frankfurter Parteimitgliedern.

Gleichzeitig brachten die Parteiblätter in Leipzig, Bremen und Solingen über die letzte Versammlung des Frankfurter Sozialdemokratischen Vereins einen Bericht, der in keiner Weise das Verhalten zeigt, die Genossen im Reich sachlich zu unterrichten, dafür aber ein drastisches Beispiel ist, wie jemand sich in Geschäftigkeit vernehmen kann. Es wird dargestellt, als sei Vogtherr zufällig in der Gegend anwesend gewesen; weil man ihn nicht zuließ, wird den zurzeit in Frankfurt noch herrschenden Instanzen Mangel an Anstand und demokratischem Empfinden nachgesagt. Dann geht es weiter:

Eine Abstimmung durch Handaufheben wurde vom Bureau durch Schöpfung dahin gedeutet, daß Vogtherr nicht zugelassen werden dürfe. Hierauf verlangte die Opposition Stimmengählung, was das Bureau ablehnte. Dieses im Parteileben wohl einzig dastehende Gebaren wurde von der Opposition mit dem schärfsten Protest und Obstruktion beantwortet, die es Philipp Scheidemann während drei Viertelstunden unmöglich machte, zu Gehör zu kommen. Hierauf geschah das schier Unglaubliche: Einige Duzend bestellter Leute fanden sich bereit, Hausnachdienste zu leisten und die bekannten Anhänger der Opposition, unter anderem Genossen wie Genossen, unter Anwendung brutalster Gewalt (man bediente sich dabei Stöcken und Stühlen) hinauszumwerfen.

Kunmehr konnte Philipp Scheidemann vor gefiehrter Zuschauer, der sich mittlerweile einige bürgerliche Besucher des Saals zugesellen durften, ungehindert seine Rede vom Stapel lassen.

Eigenlich hätten die Redaktionen der Blätter stumm werden müssen; wenn einer hört, daß dem bestellten Redner dreiviertel Stunde lang durch Rabau das Reden unmöglich gemacht wurde, so muß doch, wer nicht doreingenommen ist, sich fragen: Was blüht über, als die Notamacher an die Luft zu gehen? Daß bei solchen Prozeduren nicht sänftiglich verfahren wird und sogar Leute, die es nicht verdienen, etwas abfragen können, versteht sich am Rande. Einzig im Parteileben sieht gewiß nicht, daß das Bureau das Abstimmungsergebnis feststellt, und hier konnte es gar nicht zweifelhaft sein; der Schreiber des „Volksstimme“-Berichts, ein Gegner der Mehrheitspolitik, hat geschätzt: Gut zwei Drittel gegen Worterteilung. Es ist freilich nicht das erste Mal, daß eine überflüssige Auszählung erzwungen werden sollte und gerade dieser törichte Eigensinn hat die Position der Minderheit schwer geschädigt, so sehr geschädigt, daß aus Vorn gegen dieses Treiben so mancher sonst zum Entgegenkommen bereite Genosse sagt: Nun ist es aber genug! Mancher Genosse von der Minderheit wird ja auch einsehen, daß es so nicht weitergehen konnte. Die Genossen in der Versammlung waren tief beschämend, aber —

wenn es auch ein Fehler war, Vogtherr nicht zu Wort zu lassen — verschuldet hat die Genossen eine bestimmte Gruppe der Opposition. In allen solchen Konflikten liegt niemals alle Schuld auf der einen Seite, aber endlich sollten nachdenkende Oppositionsmitglieder inne werden, daß die taktische Haltung der Opposition grundverleert gewesen ist die ganzen zwei Jahre hindurch.

Im Winter 1914 auf 1915, als die Partei dringend der Selbstverständigung bedurfte, veranstaltete die Parteileitung nach Art der Kurse, die in Friedenszeiten üblich waren, eine lange Reihe Vorträge mit anschließender Aussprache; in erster Linie Vertrauenspersonen, aber auch jeder Genosse, der sich um Erlangung einer Karte als Sekretariat wendete, hatten Zutritt. Rednern der Opposition wurden Vorträge in diesem Zirkel angeboten, wiederholt wurden sie darum ersucht. Vergebens; sie lehnten ab, bauten aber ihre Sonderorganisation aus und hielten dort teilweise dieselben Vorträge am selben Abend. Sie also schlossen sich ab im Zirkel, zu denen kein Anhänger der Mehrheit Zutritt hatte. Wie dürfen sie klagen über Redebeschränkung?

Am 18. April 1915 erstattete der Frankfurter Abgeordnete in der Mitgliederversammlung Bericht über die Fraktionshaltung zum Krieg. Er spricht 40 Minuten, die Minderheit wünscht, Saale solle ein gleiches Referat ersucht werden. Sofort wird einstimmig so beschlossen.

Am 23. April Saales Referat; der Vorstand hat einen großen Saal gemietet, man gewährte Genossen, die aus der Umgebung kamen, fast ausschließlich Anhänger der Opposition, Zutritt. Saale spricht 1 1/2 Stunden, obwohl die Diskussion nicht beendet ist, erhält er das Schluswort; darüber wird es gewiß; der Vortragsraum des Saales und droht mit der Polizei. Die Minderheit aber will noch rasch eine Resolution durchsetzen, der Vorsitzende kann der vorgerückten Zeit wegen darüber keine Geschäftsordnungsdebatte eröffnen; um der polizeilichen Schließung auszuweichen, schlägt er die Versammlung. Die Minderheit erhebt einen furchtbaren Tumult.

Fortsetzung der Debatte am 11. Mai; u. a. liegt eine Resolution vor, die Zustimmung zur Annahme der Kredite und des Etats ausdrückt. Ein Anhänger der Mehrheit bittet dringend um Zurückziehung der Resolution, weil durch erneute Abstimmung nur erneut die Zweitradt geführt werde. Ein Minderheitsredner begreift: die Minderheit habe keine Resolution eingebracht, man möge es bei der Aussprache bewenden lassen. Darauf wird die Resolution zurückgezogen. Minderheitsanhänger stellen es dann in der Parteipresse so hin, als sei die Zurückziehung erfolgt, weil die Mehrheit eine Niederlage fürchtete.

Am 21. September 1915 wieder Aussprache über denselben Gegenstand; Quard referiert, fünf Minderheitsredner sprechen, davon einer 1/2 Stunde. Die Versammlung wird auf den 5. Oktober verlagert. Hier spricht derselbe Minderheitsredner nochmals 1/2 Stunde; am Schluß der Rede erhält er wegen einer sehr schweren Verächtigung gegen Abgeordnete einen Ordnungsruf; sofort springt eine Minderheitsgruppe auf und lärm, daß die Versammlung unmöglich fortgesetzt werden kann.

Nach dieser Versammlungssprengung beschloßen Vorstand und Vertrauensleute, einweilen keine Versammlung abzuhalten, damit die Genossen sich nicht weiter erziehen.

Am 7. Juni 1916 Versammlung mit Vorstandsbericht; in der zwölften Stunde wird Debattefluß beschlossen, die Abstimmung wird angeordnet, die Auszählung ergibt 238 Stimmen für, 108 gegen Schluß. Darauf barm der Minderheit, sie verläßt mit wenigen Ausnahmen das Lokal und gebärdet sich, berichtet auch an die Parteipresse so, als sei das Abstimmungsergebnis gesäht.

Also erst hartnäckige Weigerung, an der Klärung der Streitfragen in geordneter Weise teilzunehmen, statt dessen Sonderveranstaltungen der Opposition. Dann eine schauerlich-lärmvolle Ausführung in der Versammlung (zu der bereitwillig Saale herbeigeholt worden), um ordnungswidrig den Oppositionswillen durchzusetzen. Hierauf das unehrliche Spiel: in der Versammlung abmachen von einem Willensausdruck, des Friedens willen gibt die Mehrheit nach und wird dafür hinterher verspottet. Weiter ausgeübte Verungung und sogar Mißbrauch der Redefreiheit; zum Dank Sprengung der Versammlung. Und endlich die schwere Verächtigung der Abstimmungsergebnisse.

Wundern sich noch die Genossen von der Opposition, wenn endlich bei der Mehrheit der Geduldssaden riß? Als wieder offensichtlich zutage trat, daß eine Minderheitsgruppe durch Terror die Mehrheit unter ihren Willen bewegen wollte, da sprach der Horn durch. Hat wirklich die Opposition ein Recht, sich darüber zu beklagen?

Kochmaß: die Mehrheit ist nicht ohne Fehler! Ihr die Fehler abgemahnen, ist das taktische Verhalten der Mehrheit das ungeeignete Mittel. Ein geordnetes Parteileben wird nur möglich sein, wenn die Mehrheit den Gang zum Terror fahren läßt!

Die wukten Bescheid. Am Freitag abend erhielt ein großes Lebensmittelgeschäft 30 Speckseiten zugestellt, in diesen Zeitläuften eine besondere Rarität. Als man jedoch Samstag früh die Speckseitengalerie nachzählen wollte, waren bereits 7 Stück verschunden. Kundige hatten sich natürlicherweise von dem Reichthum „eingekauft“.

Wagitturt. Der 15jährige Schüler einer hiesigen höheren Lehranstalt, einuziger Sohn eines Privatiers, ist nach einer Mitteilung der „Frl. Ztg.“ während der Ferien beim Besitzen der Zug- fische abgestürzt. Er wurde ins Krankenhaus nach Partenfirgen verbracht, wo er nach einer Operation gestorben ist. Die Leiche wird hierher übergeführt.

Töblicher Sturz. In der Eisenbahnbetriebswerkstätte in der Gambergerstraße stürzte am Montag nachmittag der 29jährige Maschinenführer Konrad Dient durch das Glasdach aus einer Höhe von etwa 15 Metern ab und war auf der Stelle tot.

Mißglückter Überfall. In einem hiesigen Gasthof wurde ein hunger Angestellter festgenommen, der sich in ein Zimmer eingeschlichen und unter dem Bette versteckt hatte, um einen Gast zu bestehlen, der von der Wirtin eine Geldsendung erhalten hatte. Ein zweiter Angestellter, der in des Vorhabens eingeweiht war, wurde gleichfalls verhaftet.

Neues aus aller Welt.

Bootsunglück. Dienstag nachmittags kenterte in der Nähe des Hamburger Vororts Blankenese bei Meinersand ein von acht jugendlichen Personen besetztes Segelboot. Trotz sofortiger Rettungsversuche konnte nur ein Knabe gerettet werden.

Blitzschlag. In Schönlsee (Oberpfalz) wurden drei Landkente auf dem Felde vom Blitz erschlagen, drei weitere betäubt.

Telegramme.

Rückfahrt des Unterjeeboots „Deutschland“. Baltimore, 1. Aug. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die „Deutschland“ hat heute vormittag ihre Rückreise angetreten.

Eierverteilung.

Die von der Zentral-Einkaufsgesellschaft gelieferten ausländischen Eier kommen in den nachstehend aufgeführten besonderen Verkaufsstellen zum Verkauf.

Die Abgabe der Eier erfolgt gegen Abschnitt 1 Kolonialwarenkarte. Der Abschnitt ist abgetrennt zugeben. Auf jeden Abschnitt entfällt 1 Ei.

Der Preis der Eier ist 25 Pf. das Stück.

1. Verkaufsstelle Büdingenstraße 4.

Kaufberechtigt sind in dieser Stelle diejenigen Einwohner, die für den Buttereinkauf den nachstehenden Geschäftsfesten Kunden zugeteilt sind:

L. Bauer, Nerostr. 43, R. Bugdorf, Römerberg 39, J. nung & Co., Röderstr. 3, Ph. Riffel, Röderstr. 21, L. lozz, Römerberg 1, O. Müller, Saalgasse 26, M. Nees, Saalgasse 38, G. Friedl, Michelsberg 15, G. Bruns, Schöbcher Straße 43, G. Jotter, Hämmergasse 17.

2. Verkaufsstelle Autogentrale, Bahnhofstraße 2.

Kaufberechtigt sind die festen Kunden der Butterhandlung G. Jotter, Faulbrunnstr. 7, O. Grünberg, Mauergasse 1, Lehr, Eilenbogengasse 12, F. G. Rathgeber, Neugasse 1, Schüler, Gr. Burgstraße 12, Chr. Thon, Mauergasse 1, Wellamer, Marktstraße 8, E. Schultze, Fleischstraße 1, Schwemmer, Fleischstraße 25, Dr. Köster & Reim, Fleischstraße 42.

3. Verkaufsstelle Dohheimer Straße 61.

Kaufberechtigt sind die festen Kunden der Butterhandlung R. Autor, Elbiller Straße 12, M. Schulz, Dorfstraße 1, Baumgartner, Dohheimer Straße 118, A. Bez, Dohheimer Straße 102, Deder Wwe., Rautenthaler Straße 10, U. fiedler, Erbacher Straße 7, J. Möller, Rautenthaler Straße 1, M. Mund, Rheingauer Straße 3, R. Streim, Rautenthaler Straße 21, E. Thronider, Roonstraße 6, O. Müller, martdring 12, A. Reibenberger, Schornhorststraße 12.

4. Verkaufsstelle Adolfsstraße 6.

Kaufberechtigt sind die festen Kunden der Butterhandlung M. Rathgeber, Moritzstraße 1, P. Lehr, Moritzstraße 1, Krämer, Goethestraße 20, R. Jahn, Moritzstraße 1, O. Müller, Herderstraße 12, A. Eichmann, Schmalkstraße 5, O. Müller, Heringartenstraße, O. Müller, Brunnenstraße 11, M. Rathgeber, Schiersteiner Straße 1, R. Risch, Moritzstraße 48, A. Köhler, Adelsheidstraße 1, Kraft, Luxemburgplatz 7.

5. Verkaufsstelle Selenenstraße 26.

Kaufberechtigt sind die festen Kunden der Butterhandlung Frz. Bender, Walramstraße 31, A. Gläs, Westendstraße 1, G. Hammesfahr, Seerobenstraße 11, J. Gornung & Hellmuthstraße 41, G. Kriffel, Walramstraße 35, B. den We, Wellritzstraße 59, Al. Brämann, Wellritzstraße 31, G. mer, Seerobenstraße 31, E. Fügler, Bismardring 32.

Der Verkauf findet statt am: **Donnerstag den 3. August** und **Freitag den 4. August**, und zwar für Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben:

A-D	Donnerstag vormittags 8-10 Uhr
E-H	11-1 "
I-L	nachmittags 2 1/2-4 1/2 "
M-Q	5 1/2-7 1/2 "
R-S	Freitag vormittags 8-10 "
T-Z	11-1 "

Freitag nachmittags von 3-7 Uhr können diejenigen Einwohner, die aus besonderen Gründen vorher wegen nicht in der Lage waren, gegen Abschnitt 1 der Kolonialwarenkarte die ihnen zustehenden Eier in der Autogentrale Bahnhofstraße 20, abholen. Die übrigen besonderen Verkaufsstellen bleiben Freitag nachmittags geschlossen.

Der **Ausweischein** und die **Brotausweis Karte** den Verkäufern vorzuzeigen, damit sie feststellen können, der Käufer in der Verkaufsstelle überhaupt und während betreffenden Tageszeit kaufberechtigt ist.

Wiesbaden, den 1. August 1916.

Der Magistrat

Abgabe von Kartoffeln

Die Stadt Wiesbaden ist von den zuständigen Stellen mit Kartoffeln im Augenblick unerwartet so ausgiebig bedacht worden, daß folgende Verkaufsbestimmungen bis auf weiteres festgesetzt sind:

1. Der Preis für das Pfund wird festgesetzt auf 12 Pf. Der Verkauf zu diesem Preise erfolgt **ohne Abgabe von Kartoffelmarkte** lediglich gegen Vorlage der Brotausweis Karte in allen einschlägigen Geschäften mit der Maßgabe, daß eine auf der Brotausweis Karte verzeichnete Person nicht wie 1 Zentner auf einmal abgegeben werden darf.

2. Für Minderbemittelte wird der Preis für die Kartoffeln auf 9 Pf. das Pfund festgesetzt. Minderbemittelte können zu diesem Preis Kartoffeln nur gegen Abgabe der Kartoffelmarkte VII und zwar nur in den Läden des Marktes und am Marktstand kaufen. Gegen diese Kartoffelmarkte werden 14 Pfund Kartoffeln abgegeben. Die Kartoffelmarkte VI, soweit sie sich noch im Besitze der Verbraucher befinden, berechtigt gleichfalls zum Ankauf von 14 Pfund Kartoffeln zum Preise von 9 Pf. an den vorgenannten Verkaufsstellen. Der Konsumverein verkauft auch an Nichtmitgliedern.

3. An Wiederverkäufer werden Kartoffeln in der Menge von 10 Zentnern zum Preise von 11 Mark ab oder ab Bahnhof abgegeben.

Wiesbaden, den 31. Juli 1916.

Der Magistrat

Du forderst viel, o Vaterland!

Am 27. Juli erhielten wir die schreckliche Nachricht, dass unser lieber, unvergesslicher Sohn und Bruder, Neffe und Vetter

Fritz Diefenbach

Ersatz-Res. in einem Muskettier-Batt.

im blühenden Alter von 33 Jahren ein Opfer dieses Weltkrieges wurde.

In tiefer Trauer:

Frau J. Röther Witwe und Tochter

Nettelbeckstrasse 20.